

Stand: 04.07.2025 03:59:39

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18919

"Binnenmarkt, Justiz und Grundrechte - Zivilrechtliche Haftung - Anpassung der Haftungsregeln an das digitale Zeitalter und an die Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz 18.10.2021 - 10.01.2022"

---

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 18/18919 vom 09.11.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/19934 des VF vom 01.02.2022
3. Beschluss des Plenums 18/19959 vom 02.02.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 103 vom 02.02.2022



## Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

**Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union;**

**Binnenmarkt, Justiz und Grundrechte**

**Zivilrechtliche Haftung - Anpassung der Haftungsregeln an das digitale Zeitalter und an die Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz**

**18.10.2021 - 10.01.2022**

### Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 47. Sitzung am 9. November 2021 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, das Konsultationsverfahren zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration zu überweisen (§ 83d Abs. 1 BayLTGeschO).

### Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die [Konsultation](#) landespolitisch von Bedeutung und Interessen des Landes sind berührt.

Mit den derzeitigen Produktvorschriften, die auf der [Produkthaftungsrichtlinie](#) beruhen, wird sichergestellt, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher vom Hersteller für Schäden, die durch fehlerhafte Produkte entstanden sind, entschädigt werden.

Die [Bewertung der Richtlinie](#) im Jahr 2018 ergab, dass die Richtlinie insgesamt wirksam, aber aufgrund ihrer veralteten Konzepte nur schwer auf Produkte in der digitalen Wirtschaft und der Kreislaufwirtschaft anwendbar ist. Dies wurde auch im Bericht der Kommission über die Auswirkungen künstlicher Intelligenz, des Internets der Dinge und der Robotik in Hinblick auf Sicherheit und Haftung aus dem Jahr 2020 [COM/2020/64](#) bestätigt.

Mit der Initiative soll dieser rechtliche Rahmen angepasst werden, um den Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Übergang zu einer kreislaforientierten und digitalen Wirtschaft auch in Bezug auf die Haftung für Schäden Rechnung zu tragen, die durch neue und generalüberholte Produkte entstehen. Die Initiative wird sich dabei auch mit den Herausforderungen befassen, die sich im Zusammenhang mit der künstlichen Intelligenz ergeben. Im Rahmen dieses Prozesses dient die Konsultation insbesondere dazu, Informationen und Stellungnahmen dazu einzuholen, wie die Produkthaftungsrichtlinie verbessert werden kann; ferner sollen auch Informationen über die Notwendigkeit und die Möglichkeiten zu Fragen im Zusammenhang mit Schäden gesammelt werden, die durch Systeme der künstlichen Intelligenz verursacht werden.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration**

**Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**  
Drs. 18/18919

**Konsultationsverfahren der Europäischen Union;**

**Binnenmarkt, Justiz und Grundrechte**  
**Zivilrechtliche Haftung - Anpassung der Haftungsregeln an das digitale Zeitalter  
und an die Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz**  
**18.10.2021 - 10.01.2022**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, um folgende Stellungnahme abzugeben:

Der Bayerische Landtag begrüßt den Vorstoß der Europäischen Kommission zur Überarbeitung des europäischen Rechtsrahmens und insbesondere der Produkthaftungsrichtlinie im Hinblick auf die Anpassung an die Entwicklungen in der digitalen Welt und im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI). Der digitale Fortschritt prägt mittlerweile nicht nur das Wirtschaftsleben, sondern auch den Alltag der Bürgerinnen und Bürger immer stärker. Das Fortschreiten der Digitalisierung bringt enorme Potentiale mit sich; sie sichert nicht nur langfristig unseren Wohlstand, sondern erleichtert auch das Alltagsleben. Um diese Potenziale voll auszuschöpfen sind Innovationen und die Entwicklung neuer Technologien erforderlich. Dabei sind Akzeptanz und Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in diese Prozesse unerlässlich. Zu diesem Vertrauen tragen ein verlässlicher, adäquater Rechtsrahmen und klare Regelungen zur Produkthaftung erheblich bei.

Ziel der Überarbeitung des europäischen Rechtsrahmens sollte nach Ansicht des Bayerischen Landtags dabei sein, dass das Haftungsrecht dem Interesse Geschädigter an umfassender Schadenskompensation gerecht werden muss, ohne zu große Hürden für technische Innovationen zu errichten.

Die Produkthaftungsrichtlinie hat sich grundsätzlich gut bewährt. Das derzeit geltende Prinzip, wonach die Fehlerhaftigkeit eines Produkts Voraussetzung für eine Haftung nach Produkthaftungsrecht ist, sollte beibehalten werden. Das gilt grundsätzlich auch für die korrespondierende Darlegungs- und Beweislast des Anspruchstellers für die Fehlerhaftigkeit des Produkts und deren Schadensursächlichkeit. Beweiserleichterungen sollten aber dort in Betracht gezogen werden, wo die Undurchschaubarkeit, Komplexität und Autonomie der Technologie es dem Geschädigten unzumutbar erschweren kann, die Fehlerhaftigkeit des Produkts oder deren Schadensursächlichkeit nachzuweisen, insbesondere im Bereich Künstlicher Intelligenz. Idealerweise sollten diese Beweiserleichterungen sich auf bestimmte Produktgruppen beziehen und auf deren Spezifika eingehen (z.B. für autonome Kraftfahrzeuge: Vermutung der schadensursächlichen Fehlerhaftigkeit bei

Unfall ohne Fremdbeteiligung). Herstellern sollte dabei stets die Möglichkeit verbleiben, die Fehlerfreiheit bzw. die fehlende Ursächlichkeit zu beweisen.

Nach Auffassung des Bayerischen Landtags sollte künftig der Anwendungsbereich der Produkthaftungsrichtlinie auch für fehlerhafte digitale Inhalte, wie z.B. Software eröffnet werden und zwar unabhängig davon, ob sie zum Zeitpunkt des Inverkehrbringens eines materiellen Produkts in dieses integriert sind oder erst später bereitgestellt werden. Ebenso sollte nicht ausschlaggebend sein, ob sie einer bestimmten Funktion – wie der Steuerung eines körperlichen Produkts – dienen.

Zudem sollte geprüft werden, ob Haftungsvorschriften für Online-Marktplätze für den Fall eingeführt werden können, dass es keinen EU-Importeur von außerhalb der EU hergestellten Waren gibt. Dabei sollte insbesondere der Frage nachgegangen werden, in welchem Umfang und unter welchen Voraussetzungen Online-Marktplätzen in derartigen Fällen eine zivilrechtliche Verantwortlichkeit für Schäden aufgrund fehlerhafter Produkte zugewiesen werden kann. Denn die Rechtsdurchsetzung für Verbraucherinnen und Verbraucher ist häufig stark erschwert oder gar faktisch unmöglich, wenn sie Schäden infolge fehlerhafter Produkte erleiden und der (Direkt-)Verkäufer als einziger Anspruchsgegner seinen Sitz in einem Drittland außerhalb der EU hat.

Die Frage der Haftung für KI-Systeme sollte nach Auffassung des Bayerischen Landtags nicht von dem bereits bestehenden Haftungsregime der Produkthaftungsrichtlinie abgekoppelt werden. Bei Anwendungen Künstlicher Intelligenz könnte – wie bereits ausgeführt – der Problematik des erschwerten Nachweises von schadensursächlichen Produktfehlern aufgrund der Komplexität solcher Systeme dadurch Rechnung getragen werden, dass Geschädigten bestimmte produktspezifische Beweiserleichterungen eingeräumt werden. Ein neuer, allgemeiner Gefährdungshaftungstatbestand für jedwede Anwendung künstlicher Intelligenz erscheint dagegen nicht erforderlich.

Berichterstatter: **Alexander Hold**  
Mitberichterstatter: **Toni Schuberl**

## II. Bericht:

1. Die EU-Konsultation (§ 83d BayLTGeschO) wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das EU-Konsultationsverfahren endberaten.
2. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat das Konsultationsverfahren in seiner 66. Sitzung am 25.11.2021 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Zustimmung
  - B90/GRÜ: Zustimmung
  - FREIE WÄHLER: Zustimmung
  - AfD: Zustimmung
  - SPD: kein Votum
  - FDP: Zustimmungbeschlossen, die Federführung zu übernehmen (§ 83d Abs. 2 BayLTGeschO).

3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat das Konsultationsverfahren in seiner 67. Sitzung am 2. Dezember 2021 federführend beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Zustimmung
  - B90/GRÜ: Zustimmung
  - FREIE WÄHLER: Zustimmung
  - AfD: Zustimmung
  - SPD: Enthaltung
  - FDP: Zustimmungzu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren in seiner 49. Sitzung am 1. Februar 2022 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Zustimmung
  - B90/GRÜ: Zustimmung
  - FREIE WÄHLER: Zustimmung
  - AfD: Zustimmung
  - SPD: Enthaltung
  - FDP: Zustimmungempfohlen, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen mit der Maßgabe, dass folgender Satz angefügt wird: „Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.“.

**Petra Guttenberger**  
Vorsitzende



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Konsultationsverfahren der Europäischen Union;  
Binnenmarkt, Justiz und Grundrechte  
Zivilrechtliche Haftung – Anpassung der Haftungsregeln an das digitale Zeitalter  
und an die Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz  
18.10.2021 - 10.01.2022**

Drs. 18/18919, 18/19934

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, um folgende Stellungnahme abzugeben:

Der Bayerische Landtag begrüßt den Vorstoß der Europäischen Kommission zur Überarbeitung des europäischen Rechtsrahmens und insbesondere der Produkthaftungsrichtlinie im Hinblick auf die Anpassung an die Entwicklungen in der digitalen Welt und im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Der digitale Fortschritt prägt mittlerweile nicht nur das Wirtschaftsleben, sondern auch den Alltag der Bürgerinnen und Bürger immer stärker. Das Fortschreiten der Digitalisierung bringt enorme Potenziale mit sich; es sichert nicht nur langfristig unseren Wohlstand, sondern erleichtert auch das Alltagsleben. Um diese Potenziale voll auszuschöpfen sind Innovationen und die Entwicklung neuer Technologien erforderlich. Dabei sind Akzeptanz und Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in diese Prozesse unerlässlich. Zu diesem Vertrauen tragen ein verlässlicher, adäquater Rechtsrahmen und klare Regelungen zur Produkthaftung erheblich bei.

Ziel der Überarbeitung des europäischen Rechtsrahmens sollte nach Ansicht des Bayerischen Landtags dabei sein, dass das Haftungsrecht dem Interesse Geschädigter an umfassender Schadenskompensation gerecht werden muss, ohne zu große Hürden für technische Innovationen zu errichten.

Die Produkthaftungsrichtlinie hat sich grundsätzlich gut bewährt. Das derzeit geltende Prinzip, wonach die Fehlerhaftigkeit eines Produkts Voraussetzung für eine Haftung nach Produkthaftungsrecht ist, sollte beibehalten werden. Das gilt grundsätzlich auch für die korrespondierende Darlegungs- und Beweislast des Anspruchstellers für die Fehlerhaftigkeit des Produkts und deren Schadensursächlichkeit. Beweiserleichterungen sollten aber dort in Betracht gezogen werden, wo die Undurchschaubarkeit, Komplexität und Autonomie der Technologie es dem Geschädigten unzumutbar erschweren kann, die Fehlerhaftigkeit des Produkts oder deren Schadensursächlichkeit nachzuweisen, insbesondere im Bereich Künstlicher Intelligenz. Idealerweise sollten diese Beweiserleichterungen sich auf bestimmte Produktgruppen beziehen und auf deren Spezifika eingehen (z. B. für autonome Kraftfahrzeuge: Vermutung der schadensursächlichen Fehlerhaftigkeit bei Unfall ohne Fremdbeteiligung). Herstellern sollte dabei stets die Möglichkeit verbleiben, die Fehlerfreiheit bzw. die fehlende Ursächlichkeit zu beweisen.

Nach Auffassung des Bayerischen Landtags sollte künftig der Anwendungsbereich der Produkthaftungsrichtlinie auch für fehlerhafte digitale Inhalte, wie z. B. Software eröffnet

werden und zwar unabhängig davon, ob sie zum Zeitpunkt des Inverkehrbringens eines materiellen Produkts in dieses integriert sind oder erst später bereitgestellt werden. Ebenso sollte nicht ausschlaggebend sein, ob sie einer bestimmten Funktion – wie der Steuerung eines körperlichen Produkts – dienen.

Zudem sollte geprüft werden, ob Haftungsvorschriften für Online-Marktplätze für den Fall eingeführt werden können, dass es keinen EU-Importeur von außerhalb der EU hergestellten Waren gibt. Dabei sollte insbesondere der Frage nachgegangen werden, in welchem Umfang und unter welchen Voraussetzungen Online-Marktplätzen in derartigen Fällen eine zivilrechtliche Verantwortlichkeit für Schäden aufgrund fehlerhafter Produkte zugewiesen werden kann. Denn die Rechtsdurchsetzung für Verbraucherinnen und Verbraucher ist häufig stark erschwert oder gar faktisch unmöglich, wenn sie Schäden infolge fehlerhafter Produkte erleiden und der (Direkt-)Verkäufer als einziger Anspruchsgegner seinen Sitz in einem Drittland außerhalb der EU hat.

Die Frage der Haftung für KI-Systeme sollte nach Auffassung des Bayerischen Landtags nicht von dem bereits bestehenden Haftungsregime der Produkthaftungsrichtlinie abgekoppelt werden. Bei Anwendungen Künstlicher Intelligenz könnte – wie bereits ausgeführt – der Problematik des erschwerten Nachweises von schadensursächlichen Produktfehlern aufgrund der Komplexität solcher Systeme dadurch Rechnung getragen werden, dass Geschädigten bestimmte produktspezifische Beweiserleichterungen eingeräumt werden. Ein neuer, allgemeiner Gefährdungshaftungstatbestand für jedwede Anwendung Künstlicher Intelligenz erscheint dagegen nicht erforderlich.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

**Ilse Aigner**

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

### **Abstimmung**

**über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der SPD und der FDP. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen  
 oder  
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder  
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Verfassungsstreitigkeiten**

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. Dezember 2021 (Vf. 65-VII-21) betreffend  
 Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit  
 der §§ 3, 4 Abs. 1 und 4, § 5 der Fünfzehnten Bayerischen  
 Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (15. BayIfSMV) vom 23.  
 November 2021 (BayMBI. Nr. 816, BayRS 2126-1-19-G)

PII - G1310.21-0026  
 Drs. 18/19889 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 29. November 2021 (Vf. 58-VII-21) betreffend  
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
1. der § 17 Satz 2 Nr. 2 a und § 17 a Abs. 1 Satz 2 der Vierzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (14. BayIfSMV) vom 1. September 2021 (BayMBI. Nr. 615, BayRS 2126-1-18-G), die zuletzt durch Verordnung vom 15. November 2021 (BayMBI. Nr. 796) geändert worden ist,
  2. der §§ 3 bis 5 der Fünfzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (15. BayIfSMV) vom 23. November 2021 (BayMBI. Nr. 816, BayRS 2126-1-19-G)

PII-G1310.21-0025  
Drs. 18/19890 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

### Europaangelegenheiten

3. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Subsidiarität  
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung COM(2021) 731 final  
BR-Drs. 826/21  
Drs. 18/19863, 18/19929 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

## 4. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Binnenmarkt, Justiz und Grundrechte  
 Zivilrechtliche Haftung – Anpassung der Haftungsregeln an das digitale Zeitalter und an die Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz  
 18.10.2021 - 10.01.2022  
 Drs. 18/18919, 18/19934 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19934 veröffentlichte Stellungnahme ab.  
 Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>				

## 5. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Wirtschaft, Finanzen und Euro  
 Überprüfung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung  
 19.10.2021 - 31.12.2021  
 Drs. 18/19377, 18/19932 (G) (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19932 veröffentlichte Stellungnahme ab.  
 Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

## 6. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Bank- und Finanzdienstleistungen  
 Rechtsakt zur Börsennotierung – Attraktivere öffentliche Kapitalmärkte  
 für EU-Unternehmen und leichter Kapitalzugang für KMU  
 19.11.2021 - 11.02.2022  
 Drs. 18/19378, 18/19933 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und  
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19933  
 veröffentlichte Stellungnahme ab.  
 Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die  
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss  
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

## Anträge

7. Antrag der Abgeordneten Inge Aures,  
Klaus Adelt, Florian Ritter u.a. SPD  
Jobrad auch für Beamtinnen und Beamte ermöglichen  
Drs. 18/14877, 18/19892 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A

8. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt,  
Florian Ritter, Inge Aures u.a. SPD  
Öffentlicher Raum für alle: Kommunen mehr Entscheidungsspielraum  
bei Preisgestaltung für Bewohnerparkausweise ermöglichen  
Drs. 18/15225, 18/19790 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A

9. Antrag der Abgeordneten Inge Aures,  
Klaus Adelt, Horst Arnold u.a. SPD  
Mehr wissenschaftliche Expertise:  
Auch Bayern braucht eine Radprofessur  
Drs. 18/17699, 18/19791 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Inge Aures,  
Klaus Adelt, Horst Arnold u.a. SPD  
Verkehrswende vorantreiben: Modellprojekt autofreie Innenstadt  
Drs. 18/17709, 18/19792 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn AfD  
Bayerische Wälder schützen –  
Feststellung fehlender Ausgleichsfläche in Allersberg  
Drs. 18/18099, 18/19793 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn AfD  
Bayerische Wälder schützen – Standorte des geplanten ICE-Werks  
Nürnberg für ungeeignet erklären  
Drs. 18/18100, 18/19794 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn AfD  
Bayerische Wälder schützen – Kein ICE-Werk in Feucht I  
Drs. 18/18101, 18/19795 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Prof. Dr. Ingo Hahn AfD  
Bayerische Wälder schützen –Kein ICE-Werk in Feucht II  
Drs. 18/18102, 18/19796 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr,  
Margit Wild, Florian von Brunn u.a. SPD  
Loben allein löst kein Problem –  
A13 für alle Lehrkräfte und E6 für alle Verwaltungsangestellten  
Drs. 18/18111, 18/19749 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

16. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser,  
Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP),  
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a.  
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),  
Harald Güller, Florian Ritter, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)  
Finanzielle Mittel für die Berufseinstiegsbegleitung  
dauerhaft bereitstellen  
Drs. 18/18217, 18/19773 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Wolfgang Fackler, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Familienpolitische Teilzeit für Lehrkräfte  
Drs. 18/18229, 18/19803 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

18. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Markus Bayerbach, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)  
Bayerische Brauereien entlasten – Umwelt schützen I:  
Pfand für Mehrweg-Bierflaschen und Getränkekästen erhöhen  
Drs. 18/18230, 18/19855 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang u.a. und Fraktion (AfD)  
Bayerische Brauereien entlasten – Umwelt schützen II:  
Biersteuer abschaffen! Pfand von der Mehrwertsteuer befreien!  
Drs. 18/18231, 18/19350 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn,  
Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD  
Eintrag von Trifluoressigsäure in bayerische Gewässer reduzieren!  
Drs. 18/18377, 18/19775 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes,  
Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)  
Bayerische Unternehmen entlasten:  
Lieferkettengesetze mit Positiv- und Negativlistenansatz ersetzen  
Drs. 18/18479, 18/19786 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Annette Karl,  
Michael Busch, Ruth Müller u.a. SPD  
Finanzmittel für den Digitalbonus aufstocken  
Drs. 18/18481, 18/19774 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Böhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Landtag über die jährliche Fortschreibung der Programme zur Förderung des kommunalen Straßen- und ÖPNV-Ausbaus informieren  
Drs. 18/18507, 18/19798 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

27. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)  
Pflegepotenzial-Monitoring in Bayern etablieren  
Drs. 18/18673, 18/19799 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

28. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD  
Ressourcenschutz I – Reparieren statt wegwerfen:  
Reparaturbonus für Elektrogeräte  
Drs. 18/18698, 18/19886 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD  
Ressourcenschutz II – Reparatur einfach gestalten:  
eine Plattform für alle Anliegen  
Drs. 18/18699, 18/19562 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD  
Ressourcenschutz III – Mehr Einsatz für Ressourcenschutz  
auf allen politischen Ebenen  
Drs. 18/18700, 18/19776 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Handlungsmöglichkeiten in Bayern jetzt ausschöpfen –  
Steuerung der pflegerischen Infrastruktur vor Ort stärken  
Drs. 18/18713, 18/19801 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



35. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Petra Guttenberger, Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU Konzept „Bayern gegen Gewalt“ zielgruppenspezifisch und bedarfsgerecht weiterentwickeln  
Drs. 18/18745, 18/19848 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne				

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

36. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD) Umwelt und Kulturlandschaft schützen – Atomausstieg verhindern!  
Drs. 18/18766, 18/19784 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Lieferketten und Lebensmittelversorgung aufrechterhalten – Versorgung der Wirtschaft mit Ammoniak zur Harnstoff- und Düngemittelproduktion sicherstellen  
Drs. 18/18828, 18/19785 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

38. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Wie geht's der Gams in Bayern? – Regelmäßige Berichterstattung zur Gamsforschung in den bayerischen Alpen  
Drs. 18/18933, 18/19751 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

39. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Walchenseekraftwerk: Bericht zu Heimfall  
Drs. 18/18934, 18/19887 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bayerische Schweine im Auslauf – Ergebnisse des Sonderforschungsprojekts vorstellen, Empfehlungen umsetzen und Rechtssicherheit schaffen  
Drs. 18/18935, 18/19752 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Kulturlandschaftsprogramm 2023:  
Ganze Vielfalt der Agroförstwirtschaft fördern  
Drs. 18/18936, 18/19772 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD  
Mode für den Müll ist nicht schick – für nachhaltigere Lösungen  
statt „Fast Fashion“ in der Textilbranche  
Drs. 18/18973, 18/19779 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD  
Tierschutz in der Landwirtschaft ernst nehmen –  
Brände in Ställen endlich erfassen!  
Drs. 18/18977, 18/19753 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD  
Zustand des Gamsbestands  
Drs. 18/18978, 18/19754 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)  
Behindertenhilfe nicht im Stich lassen – Förderungen sicherstellen  
Drs. 18/18982, 18/19849 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

46. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)  
Direktvermarktung stärken: Effektive Maßnahmen zur Existenzsicherung landwirtschaftlicher Betriebe in Zeiten von Corona ergreifen  
Drs. 18/18988, 18/19755 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

47. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)  
Forderungen des Umweltbundesamts auf den Prüfstand stellen: Jetzt eine Folgenabschätzung für die Landwirtschaft auf den Weg bringen  
Drs. 18/18991, 18/19756 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD  
Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter –  
jetzt die Weichen für 2026 richtigstellen  
Drs. 18/18995, 18/19850 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne				

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde  
zu legen.

49. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn,  
Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)  
Pariser Klimaabkommen aufkündigen – Zukunft sichern!  
Drs. 18/18996, 18/19782 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

50. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer,  
Dr. Ute Eiling-Hütig, Thomas Huber u.a. CSU,  
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt u.a.  
und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Weibliche Genitalverstümmelung  
Drs. 18/18999, 18/19851 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne				

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde  
zu legen.

51. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Klimaschutz durch Moore endlich voranbringen –  
Anhörung zur Moorschutzstrategie der Staatsregierung  
Drs. 18/19196, 18/19870 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>